

VIERJAHRESPROGRAMM ZUR BUNDESTAGSWAHL 98.
NEUE MEHRHEITEN NUR MIT UNS.



Grün 043
-23

GRÜN IST DER WECHSEL.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Grün 043-23

Archiv

Grünes Gedächtnis

- Bibliothek -

Lesesaal

Akt.-Nr. 239/98

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

NEUE MEHRHEITEN NUR MIT UNS.

1998 – 2002

Vier Jahre für einen politischen Neuanfang

- 1. Arbeitslosigkeit bekämpfen –
Ein neues Bündnis für Arbeit**
- 2. Ökologie schafft Arbeit**
- 3. Soziale Gerechtigkeit neu begründen –
Durch Bildung die Zukunft gestalten**
- 4. Mehr Demokratie**
- 5. Globale Verantwortung in guter Nachbarschaft**

Grün ist der Wechsel.

Das Vierjahresprogramm zur Bundestagswahl wurde am
7. Juni 1998 vom Länderrat beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

KORREKTUR!

Beim Vorabdruck ist uns ein Fehler unterlaufen.
Hier nun das richtige Inhaltsverzeichnis.
Die folgenden Auflagen erscheinen verbessert.

NEUE MEHRHEITEN NUR MIT UNS.

1998 – 2002

Vier Jahre für einen politischen Neuanfang

- 1. Arbeitslosigkeit bekämpfen –
Ein neues Bündnis für Arbeit**
- 2. Umwelt schafft Arbeit**
- 3. Soziale Gerechtigkeit neu begründen –
Durch Bildung die Zukunft gestalten**
- 4. Mehr Demokratie**
- 5. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen durchsetzen**
- 6. Globale Verantwortung in guter Nachbarschaft**

Grün ist der Wechsel.

Das Vierjahresprogramm zur Bundestagswahl wurde am
7. Juni 1998 vom Länderrat beschlossen.

Neue Mehrheiten nur mit uns

Vier Jahre für einen politischen Neuanfang

Die Bundesrepublik braucht eine neue, eine soziale und ökologische Politik. Die Herausforderungen eines neuen Jahrhunderts sind nicht mit den Konzepten von gestern und vorgestern zu bewältigen. Die Regierung Kohl ist handlungs- und reformunfähig. Arbeitslosigkeit, soziale Spaltung der Gesellschaft, Versagen in der Umweltpolitik, ausufernde Staatsverschuldung, haltlose Versprechungen, Stillstand in der Gesellschaftspolitik und Rückschritt in der Innenpolitik sind die Stichworte einer negativen Bilanz dieser Regierung. CDU/CSU und FDP blockieren den Aufbruch ins nächste Jahrhundert. Der Regierungswechsel steht bevor.

Ob daraus auch ein Politikwechsel wird und die Bundesrepublik durch Reformen zu einer echten Erneuerung findet, hängt davon ab, ob die SPD mit einer wirklichen Reformpartei koalieren wird. Die SPD verharret im Zwiespalt: Sie will verändern und ist doch in vielem strukturkonservativ. Einen Wechsel in der Politik, eine ökologische und soziale Erneuerung dieser Republik wird es nur mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben.

Vieles muß sich ändern, wenn unser Land zukunftsfähig werden soll. Diese Veränderungen müssen eine gerechte Lastenverteilung zur Grundlage haben. Denn soziale Gerechtigkeit sichert die Zukunft der Demokratie. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat in den nächsten Jahren eindeutig Priorität.

Grüne stehen für Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichberechtigung der Frauen. Unsere Ziele und die Wege dahin haben wir ausführlich in unserem Magdeburger Programm zur Bundestagswahl dargestellt. Die grünen Alternativen weisen weit in das nächste Jahrhundert und sie zielen auf einen umfassenden politischen Neuanfang.

In den nächsten vier Jahren müssen dafür die Weichen gestellt werden. Vom ersten Tag an muß eine neue Regierung die notwendigen Reformen anpacken. Was von einer rot-grünen Regierung sofort eingeleitet werden muß, welche Schwerpunkte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der nächsten Wahlperiode setzen wollen, umreißt dieses Vierjahresprogramm.

Arbeit wird durch hohe Lohnnebenkosten belastet. Die Energiepreise sagen nicht die ökologische Wahrheit. Unser Ziel ist deshalb, durch eine ökologisch-soziale Steuerreform die Arbeit zu entlasten und den Umweltverbrauch zu verteuern. Damit entstehen mehr Arbeitsplätze. Wir verfolgen eine ökologische und soziale Strategie, aber wir haben diese Ziele und politischen Prioritäten nicht immer klar genug zum Ausdruck gebracht.

Die heftige Diskussion in der Öffentlichkeit bis weit hinein in unsere engere Anhängerschaft hat gezeigt, daß die Aufnahme eines langfristigen Rechenmodells als negative soziale Botschaft mißverstanden wurde. Das war das falsche Symbol für die richtige Sache: die ökologisch-soziale Steuerreform. Gerade weil die Regierung Kohl die soziale Spaltung Jahr für Jahr vorangetrieben hat, hätten wir deutlich machen müssen, daß mit unserer aufkommensneutralen Steuerreform die Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, insbesondere von Familien mit Kindern das zentrale Element unserer Programmatik ist.

Grüne Politik muß finanzierbar sein. Wer jetzt Steuergeschenke für alle verspricht, wird bei höherer Staatsverschuldung und neuen Steuererhöhungen landen. Wir brauchen einen Kassensturz. Das schließt eine kritische Überprüfung der ausgabenwirksamen Vorhaben dieses Programms mit ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Prioritäten neu bestimmen und auch Reformen angehen, die Geld kosten. Aktive Beschäftigungspolitik, stärkere Steuerfinanzierung der Sozialversicherung, Investitionen im Bildungswesen, eine soziale Grundsicherung und die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit sind nur durch Einsparungen, Umschichtungen und Mehreinnahmen zu finanzieren. Unser Ziel ist es, die Lasten gerecht zu verteilen.

1. Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen – Ein neues Bündnis für Arbeit

Die Regierung Kohl hat in 16 Jahren kein wirksames Konzept gegen die Arbeitslosigkeit entwickelt. Sie hat Unternehmen und Vermögende entlastet, ohne daß dadurch in Arbeit investiert worden wäre. Die Grünen wollen in den nächsten vier Jahren mit einem Bündel von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen.

Ein Bündnis für Arbeit sofort umsetzen

Ein neues Bündnis für Arbeit, in dem Tarifparteien, Regierung und Arbeitslosenverbände gemeinsam an der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit arbeiten, muß eine der ersten Aufgaben einer rot-grünen Regierung sein. Politik allein kann Massenerwerbslosigkeit nicht überwinden. Den Tarifpartnern kommt bei der gerechten Verteilung der Arbeit und der Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit eine zentrale Rolle zu. Die Politik muß dafür endlich die Rahmenbedingungen setzen.

Arbeit gerecht verteilen – Arbeitszeit verkürzen

Eine Politik der intelligenten Arbeitszeitverkürzung ist nicht nur ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern beinhaltet auch die Möglichkeit, Erwerbsarbeit sowie Haus- und Familienarbeit gerecht zu verteilen und damit Frauen und Männern eine existenzsichernde Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen. Der Abbau von Überstunden, die Verkürzung von Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, die gezielte Förderung von Modellen zur Alters- und Berufsanfängerteilzeit sowie die Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen für Männer und Frauen auf al-

len Qualifikationsniveaus sind unverzichtbar. Die zulässige wöchentliche Regelarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz soll auf 40 Stunden gesenkt werden. Hierbei ist den tariflich vereinbarten flexiblen Arbeitszeitmodellen Rechnung zu tragen. Für Arbeitszeitverkürzung soll über ein Bonus-Malus-System bei den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung ein Anreiz geschaffen werden. Betriebe mit vielen Teilzeitarbeitsplätzen werden so bevorzugt.

Um Arbeitszeitverkürzung zu ermöglichen und Lohneinbußen zu vermeiden, müssen untere und mittlere Einkommensgruppen durch eine Steuerreform entlastet und die Sozialversicherungsbeiträge umgehend gesenkt werden.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Wir setzen den Schwerpunkt auf präventive und aktive Arbeitsmarktpolitik. Im Mittelpunkt unserer Arbeitsförderpolitik müssen Langzeitarbeitslose, Niedrigqualifizierte und insbesondere Jugendliche ohne Schulabschluß stehen. Wir wollen die starren Grenzen zwischen „erstem“ und „zweitem“ Arbeitsmarkt auflösen. Aktive Arbeitsmarktpolitik muß Brücken zu regulären Beschäftigungsverhältnissen bauen.

Jugendarbeitslosigkeit beseitigen

Wir nehmen Jugendarbeitslosigkeit nicht hin. Sie ist ein Skandal. Gerade die großen Unternehmen dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung davonstellen, Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl sicherzustellen. Um das Recht von Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz sicherzustellen, fordern wir unverzüglich eine Ausbildungsplatzumlage. Für erwerbslose Jugendliche muß ein Recht auf Integration in den Arbeitsmarkt und Qualifizierungsmaßnahmen nach spätestens sechs Monaten bestehen. Der gleichberechtigte Zugang für Mädchen zum Ausbildungsmarkt muß sichergestellt werden.

Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen und von Existenzgründungen

Wir wollen die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Existenzgründungen umfassend reformieren. Dies betrifft die Beratung, die Qualifikationsförderung und die Schaffung eines echten Risikokapitalmarktes besonders auch für Existenzgründerinnen. Wettbewerbsnachteile für Kleinbetriebe müssen abgebaut werden. Wir wollen die Zwangsmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern abschaffen.

Aufbau Ost – eine bleibende Herausforderung für uns alle

Wir wollen die durch Arbeitslosigkeit erneut herbeigeführte Spaltung unseres Landes in Ost und West überwinden. Statt blühende Landschaften zu versprechen, wollen wir den mühsamen Weg des Aufbaus in den neuen Bundesländern solidarisch gehen. Statt Abschreibungsprojekte für Besserverdienende wollen wir zukunftsfähige, innovative kleinere und mittlere Betriebe in den neuen Bundesländern gezielt fördern. Dies gilt für die Verbesserung der Infrastruktur zum Beispiel im Verkehrsbereich, im Wohnungsbau und bei der ökologischen Sanierung. Die Finanzierung des Aufbau Ost soll auch über einen Lastenausgleich durch eine zeitlich befristete Abgabe auf Vermögen über 2 Millionen Mark gesichert werden.

Ein Herausstehlen aus der Solidarität zwischen Ost und West wird es mit uns ebensowenig geben, wie einen Länderfinanzausgleich und eine Regionalisierung der Sozialversicherung zu Lasten der armen Bundesländer.

2. Umwelt schafft Arbeit

Die Bundesregierung und große Teile der SPD verfahren nach dem Muster: In der Wirtschaftskrise hat die Ökologie Pause. Das ist unverantwortlich, weil so die begrenzten Naturressourcen immer weiter zerstört werden. Umsteuern sichert nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern auch die Grundlagen der Wirtschaft. Nur zukunftsfähige Produktionsverfahren, Produkte und Dienstleistungen werden auf Dauer Absatzchancen haben. Wird die derzeitige Politik fortgesetzt, kann die Bundesrepublik Deutschland ihre Verpflichtung von Rio nicht einhalten, bis zum Jahre 2005 die CO₂-Emissionen um 25% zu reduzieren. Klima und Gesundheit erfordern eine deutliche Emissionsminderung.

Neue Arbeitsplätze durch ökologische Innovation

Wir wollen eine Offensive für ökologische Zukunftsmärkte, um damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit grünen Ideen können schwarze Zahlen geschrieben werden und entstehen neue Branchen und Berufsbilder. Die Erfahrung der vergangenen zwanzig Jahren zeigt: In der Umweltbranche sind in Deutschland Hunderttausende von Arbeitsplätzen entstanden.

Um diese Entwicklung zu verstärken, brauchen wir die ökologisch-soziale Steuerreform. Vom ökologischen Wirtschaften werden viele High-tech-Umweltfirmen, aber auch das Handwerk profitieren. In der Autoindustrie wird die Nachfrage nach benzinsparenden Modellen steigen - ein notwendiger Anreiz für die Serienproduktion des 3-Liter-Autos. Der Einstieg in die ökologisch-soziale Steuerreform bringt einen Innovationsschub für nahezu alle wirtschaftlichen Bereiche. Die ökologisch-soziale Steuerreform ist marktwirtschaftlicher Anreiz, ressourcensparende Verfahren und Produkte zu entwickeln, Wirtschaft und Verbrauch auf nachwachsende Rohstoffe und Recyclingverfahren zu konzentrieren.

Umsteuern für mehr Umwelt und Arbeitsplätze

Wir wollen umweltfreundliches Verhalten belohnen und Beschäftigung fördern. Arbeit muß billiger, Energie teurer werden. Sinkende Arbeits- und steigende Energiekosten fördern die Nachfrage nach Energiesparinvestitionen und ermöglichen ein preisgünstigeres Angebot. Wir wollen aus dem Aufkommen der Ökosteuer die Sozialversicherungsbeiträge nachhaltig senken. Bis zum Jahr 2002 soll der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge wieder deutlich weniger als 40% des Bruttolohns betragen. Damit steigen die Nettolöhne und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert sich. Das schafft Arbeit.

Die jeweiligen Schritte der Ökosteuerreform werden sozialverträglich gestaltet. Sinkende Sozialversicherungsbeiträge bedeuten steigende Nettolöhne – und damit steigen Rente und Arbeitslosengeld. Für SozialhilfeempfängerInnen, StudentInnen und sozial Schwache ist eine Erhöhung von Wohngeld, der Studienförderung sowie die Einführung einer bedarfssichernden Grundsicherung vorgesehen.

Die ökologisch-soziale Steuerreform dient nicht dem Stopfen von Haushaltslöchern: Neue Belastungen ohne entsprechende Entlastungen wird es mit uns nicht geben. Zentrale Elemente dafür sind die Einführung einer nationalen Energiesteuer, einer Schwerverkehrsabgabe sowie der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen.

Verkehrswende für zukunftsfähige Mobilität

Wir wollen ein Verkehrssystem, das umweltverträglich und wirtschaftlich effizient ist. Wir werden das Angebot von Bus und Bahn – gerade auch im ländlichen Raum – verbessern. Wir wollen eine attraktive, bürgerfreundliche Flächenbahn. Dazu brauchen wir eine dichte Verknüpfung von Nah-, Regional- und Fernzügen. Der Bundesverkehrswegeplan muß durch eine integrierte – ökologische

und wirtschaftliche – Verkehrsplanung abgelöst werden. Die Kfz-Steuer wird abgeschafft und auf die Mineralölsteuer umgelegt.

Wir wollen den Flugverkehr reduzieren. Der innerdeutsche Flugverkehr im Kurzstreckenbereich soll weitgehend auf die Bahn verlagert werden. Wir setzen uns für eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin ein.

Energiewende durchsetzen – das Versprechen von Rio einlösen

Wir setzen auf sparsamen und rationellen Umgang mit Energie. Der Einsatz von Atomenergie ist unverantwortlich. Energiewirtschaft auf der Basis von Verbrennung fossiler Energieträger in Großkraftwerken hat mittelfristig keine Zukunft. Wir setzen auf den massiven Ausbau erneuerbarer Energieträger wie Wind und Sonne und die verstärkte Nutzung aller Energieeinsparpotentiale. Das schützt das Klima und schafft neue Arbeitsplätze in Forschung, Produktion und beim Handwerk.

Wir setzen auf neue, dezentrale Strukturen der Energiewirtschaft. Wir wollen die Auflösung der Energiemonopole und die Trennung von Erzeugung, Transport und Verteilung von leitungsgebundener Energie.

Für den Ausstieg aus der Atomenergie

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Ausstieg aus der Atomenergie unverzichtbar. Wir werden alle zur Verfügung stehenden administrativen, wirtschaftlichen und legislativen Mittel wie ein Atomausstiegsgesetz nutzen, um unsere Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie umzusetzen. Wir wollen einen Energiekonsens auf der Grundlage des schnellstmöglichen Ausstiegs aus der Atomenergie.

Wiederaufbereitung und Plutoniumwirtschaft müssen beendet werden. Deswegen treten wir für ein Exportverbot für Atommüll ein. Wir wollen den Stopp der Castor-Transporte und aller sogenannten Endlagerprojekte wie in Morsleben, Gorleben oder im Schacht Konrad.

Für Abfallvermeidung und hochwertiges Recycling

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz soll novelliert werden, so daß der Vorrang der Abfallvermeidung auch tatsächlich durchgesetzt wird und die Standards für hochwertige Verwertung verwirklicht werden. Wir wollen die Verpackungsordnung ändern, so daß Mehrwegsysteme gesichert und ausgeweitet werden.

Für neue Arbeitsplätze in ländlichen Regionen und mehr VerbraucherInnenschutz

Wir wollen umweltfreundliche Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und regionale Verarbeitung zu Markenzeichen der Landwirtschaft in Deutschland machen. Damit eröffnen wir neue Perspektiven für Arbeitsplätze und Einkommen in ländlichen Regionen sowie für einen besseren Umwelt- und Naturschutz.

Wir lehnen die Gentechnologie in der Landwirtschaft und bei der Lebensmittelproduktion ab. Durch eindeutige Kennzeichnungsregelungen bei Lebensmitteln wollen wir die Transparenz und die Sicherheit für die VerbraucherInnen verbessern.

Landnutzung natur- und sozialverträglich gestalten

Wir wollen ein neues Naturschutzgesetz, das sicherstellt, daß künftig alle Flächennutzungen natur- und landschaftsverträglich erfolgen. Bei der Privatisierung ehemals volkseigener Flächen sollen ostdeutsche Bauern gleichberechtigt eine Chance zum Erwerb erhalten. Naturschutzflächen sollen im Eigentum der öffentlichen Hand verbleiben.

3. Soziale Gerechtigkeit neu begründen – Durch Bildung die Zukunft gestalten

16 Jahre Regierung Kohl haben zu einer wachsenden sozialen Spaltung geführt. Dadurch gerät der Zusammenhalt unserer Gesellschaft in Gefahr. Auch in Zukunft können wir auf eine solidarische soziale Sicherung nicht verzichten. Deshalb wollen wir den Sozialstaat neu begründen und zukunftstauglich machen.

Eine sozial gerechte und transparente Steuerreform

Wir wollen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem beseitigen. Die notwendigen Aufgaben des Staates müssen solide und stetig aus Einnahmen finanziert werden.

Steuervereinfachung führt zu mehr Steuergerechtigkeit. Untere und mittlere Einkommen werden spürbar entlastet. Hohe Einkommen und Vermögen werden gerecht besteuert. Das Steuersystem muß vereinfacht werden: Zahlen alle, zahlen viele weniger.

Wir wollen das Kindergeld für jedes Kind auf 300 DM erhöhen. Mit einer Einkommensteuerreform wollen wir den Eingangsteuersatz von 25,4 Prozent auf 18,5 Prozent senken, den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 45 Prozent. Einkommen bis 15.000 DM (30.000 DM für Paare) jährlich werden steuerfrei gestellt. Aufwendungen der Steuerpflichtigen für die Risikovorsorge (Sozialabgaben, private Alters- und Krankenversicherung) sollen bis zur maximalen Höhe der gesetzlichen Sozialversicherungen steuerfrei gestellt werden. Wir wollen künftig alle Einkommen gleich behandeln – durch einen Abbau von Steuervergünstigungen und die schrittweise Abschaffung des Ehegattensplittings. Nachtzuschläge müssen hingegen weiterhin steuerfrei, eine Entfernungspauschale für die Fahrt zum Arbeitsplatz steuerlich abzugsfähig bleiben – ebenso tatsächliche Versorgungsleistungen für Lebenspartner.

Wir wollen die Schuldenanhäufung zu Lasten künftiger Generationen verringern. Wir wollen unsinnige Staatsausgaben abbauen. Zentrale Einsparfelder sind der Militärhaushalt, ökologisch unsinnige Großprojekte im Verkehrsbereich und unsinnige Subventionen in einzelnen Branchen.

Das soziale Netz gegen die Armut knüpfen

Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wollen wir zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung zusammenfassen. Die Grundsicherung macht Schluß mit der Diskriminierung Bedürftiger durch Einzelleistungen. Sie beendet die Unterhaltspflicht über mehrere Generationen. Mit der Pauschalierung von Leistungen sorgt sie für Verwaltungsvereinfachung. Die Grundsicherung muß eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen. Die Mehrkosten der Grundsicherung wollen wir durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und durch eine Reform der Erbschaftssteuer finanzieren.

Wir wollen die Grenzen zwischen sozialen Transferleistungen und dem Erwerbsarbeitsmarkt durchlässiger machen, weil die heutige Sozialhilfe zur Armutsfalle geworden ist.

Sinkende Reallöhne und ein nicht ausreichender Familienlastenausgleich haben eine Schicht entstehen lassen, die trotz Erwerbsarbeit arm ist. Diesen Menschen wäre nicht gedient, wenn per „Lohnabstandsgebot“ die Sozialleistungen auf ein noch niedrigeres Niveau festgeschrieben würden. Vielmehr gilt es, die kleinen Einkommen zu verbessern: bei der Lohnhöhe, durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und durch steuerliche Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuerreform.

Die Rente zukunftssicher machen

Ohne eine Reform unseres Rentensystems sind die Renten nicht sicher und nicht gerecht. Die immer unstetiger werdenden Erwerbs-

verläufe und die Veränderungen in der Altersstruktur erfordern eine grundlegende Rentenreform.

Wir wollen künftig Bildungs- und Weiterbildungsphasen, Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit und Kindererziehungszeiten verbessert anerkennen. Niedrige Rentenbeiträge etwa aufgrund von Teilzeitbeschäftigung werden so aufgestockt, besonders „schlechte“ Versicherungsjahre werden ausgeklammert. Frauen erwerben so (höhere) eigenständige Rentenansprüche, denn die bisher „frauentypische“ Erwerbsbiographie wird zur Norm. Zur Verhinderung von Altersarmut wollen wir in die Rente einen existenzsichernden Mindestsockel in Höhe der Grundsicherung einziehen.

Da die Anforderungen an das System der sozialen Sicherung steigen, das Beschäftigungsvolumen aber im Gegensatz dazu stagniert, kann das System der sozialen Sicherung mittel- und langfristig nicht mehr allein auf der Erwerbsarbeit gründen. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode eine Reform vorbereiten, die mittelfristig den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung auf die Berechnungsbasis der Wertschöpfung stellt. So werden beschäftigungsintensive Betriebe entlastet, kapital- und technologieintensive Betriebe werden stärker in das System der sozialen Verantwortung einbezogen.

Das Anwachsen von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und von Scheinselbständigkeit muß aufhören. Jede dauerhafte Beschäftigung muß künftig sozialversichert sein. Die Kürzungen der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall muß rückgängig gemacht werden.

Für ein solidarisches Gesundheitssystem

Die Förderung der Gesundheit ist unser primäres gesundheitspolitisches Anliegen. Die solidarische Absicherung aller Risiken im Krankheitsfall, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu gleichen Teilen durch ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen ist ein Grundpfeiler des Sozialstaates. Den Weg in die Zwei-

klassenmedizin lehnen wir ab. Krankenkassen sind nicht über mehr Zuzahlungen zu sanieren. Wir wollen eine patientInnennahe Versorgung durch integrierte, kooperative und berufsübergreifende Angebote erreichen. Ambulante und stationäre Gesundheitsdienste müssen vernetzt werden.

Zukunft gestalten durch Bildung und Wissenschaft

Bildung entscheidet in einer Gesellschaft, die zunehmend auf Information und Wissen aufbaut, maßgeblich über soziale Chancen und die Möglichkeiten zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Bildung und Wissenschaft sind zentrale Voraussetzungen für Zukunftsfähigkeit, ökologische Reformen und die Entwicklung einer solidarischen Zivilgesellschaft. Die verkrusteten Strukturen in Bildung und Wissenschaft und ihre chronische Unterfinanzierung gefährden die Zukunft unserer Gesellschaft. Hochschulen sind überlastet. Fortbildung und Umschulung wurden zusammengestrichen. Zügige und tiefgreifende Reformen sind unerlässlich.

Eine zukunftsfähige Ausbildung für alle ermöglichen

Bildung als lebenslanger Prozeß ist nicht nur für die beruflichen Chancen maßgeblich, sondern auch Voraussetzung für Selbstbestimmung und die Fähigkeit, das eigene Leben und die gesellschaftliche Entwicklung verantwortungsbewußt zu gestalten. Daher wollen wir das Recht auf Bildung für alle in allen Lebensphasen sicherstellen.

Die Bundesrepublik braucht bestens ausgebildete ArbeitnehmerInnen, will sie den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Das Studium darf nicht an sozialen Barrieren scheitern. Wir wollen eine bedarfsgerechte und elternunabhängige Studienförderung, die nicht von der sozialen Herkunft und Nationalität der Studierenden abhängt. Wir lehnen Studiengebühren ab und werden den Zugang zu den Hochschulen weiterhin offen gestalten.

Wir wollen, daß das Bildungssystem den Bedarf der Gesellschaft nach lebenslangem Lernen aufgreift. Mit der Entwicklung neuer Berufsbilder wollen wir die Arbeitswelt von morgen gestalten.

Die Hochschulen zukunftsfähig ausbauen – Autonomie schaffen und Demokratie stärken

Grüne Bildungs- und Wissenschaftspolitik setzt auf demokratische Selbstbestimmung und gesellschaftliche Verantwortung statt staatlicher Bevormundung. Wir wollen die Gestaltungsspielräume der Hochschulen wie deren Autonomie erweitern. Dazu gehören demokratische Entscheidungsstrukturen unter gleichberechtigter Mitwirkung von allen Hochschulangehörigen. Hochschulen müssen sich stärker international ausrichten. Dazu brauchen wir ein ausreichend finanziertes öffentliches und vielfältiges Hochschulsystem. Mit einer konsequenten Förderung von Frauen, der Abschaffung des Beamtenstatus im Wissenschaftsbereich und dem Wechsel zu einer leistungsorientierten Entlohnung werden wir eine umfassende Reform der Personalstruktur einleiten. Die Aufwertung der Lehre ermöglichen wir mit einer Studienstrukturreform.

Benachteiligung von Frauen beseitigen

Wir wollen die Benachteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb aufheben und Frauen an den Hochschulen fördern. Dafür müssen Frauenforschung, Frauenstudien und geschlechtsspezifische Themen und Fragestellungen dauerhaft in allen wissenschaftlichen Disziplinen verankert werden. Mit einer aktiven frauenfördernden Personalpolitik wollen wir die Ausgrenzung von Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb abbauen.

Forschung für nachhaltige Entwicklung

Wissenschaft, Forschung und Technologie haben großen Einfluß auf unsere Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen uns sowohl in der nationalen als auch in der internationalen Forschungspolitik für eine Neuausrichtung von Forschung und Innovation auf nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfähigkeit ein.

4. Mehr Demokratie

Wir stehen für Bürgerrechte und den Ausbau demokratischer Teilhabe. Demokratie und Verteilung von Lebenschancen darf keine Frage des Geldes, der Nationalität, der Herkunft, des Alters, des Geschlechts oder der sexuellen Identität sein.

Bürgerrechte stärken und Bürokratie abbauen

Durch die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern mehr aktive politische Beteiligung ermöglichen. Grundrechte und Minderheitenschutz müssen dabei gewahrt bleiben.

Durch ein Verbandsklagerecht und Akteneinsichtsrecht wollen wir die Rechte engagierter Bürgerinnen und Bürger wie der Umweltverbände stärken.

Wir wollen eine umfassende Staatsmodernisierung mit dem Ziel einer bürgernahen Verwaltung und eines Abbaus von Bürokratie. Wir wollen ein neues Beamtenrecht. Das Angestelltenverhältnis soll die Regel sein. LehrerInnen und HochschulprofessorInnen müssen keine Beamte sein. Nur einzelne hoheitliche Aufgaben – Polizei, Rechtspflege, Finanzverwaltung, Bundeswehr – sollen künftig noch Beamten übertragen werden.

Den Rechtsextremismus bekämpfen

Wir wollen zu einem gesellschaftlichen Klima beitragen, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht.

Politik gegen Minderheiten macht Rassismus hoffähig. Wer Kriminalitätsangst schürt, statt die Ursachen von Kriminalität anzugehen, stärkt den rechten Rand. Wir wollen mit einer integrativen Arbeits- und Sozialpolitik und einer Stärkung der öffentlichen

Sicherheit die Menschen für eine soziale und demokratische Politik gewinnen. Zivilcourage und das Eintreten für Minderheiten sind Grundtugenden der Demokratie und müssen unsere Antworten auf rechte Hetze und Gewalt sein. Rassistische und neonazistische Straftaten dürfen nicht verharmlost, sondern müssen konsequent verfolgt werden.

Die Ausgrenzung von Minderheiten beenden

Wir brauchen endlich eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes. Wer längere Zeit in Deutschland lebt, soll wie alle hier geborenen Menschen einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Ohne die doppelte Staatsbürgerschaft wird die Integration der ersten und mittlerweile auch zweiten Einwanderergeneration nicht gelingen. Wir wollen zudem die weitgehende Gleichstellung aller auf Dauer in Deutschland lebenden AusländerInnen mit den bei uns lebenden BürgerInnen aus EU-Staaten.

Wir setzen uns für einen verbesserten Schutz von Flüchtlingen ein. Der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention muß wieder volle Geltung verschafft werden. Dafür muß das Asylverfahrensgesetz geändert werden. Folter, geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen sowie die Verfolgung von Homosexuellen wegen ihrer sexuellen Identität sind als politische Verfolgung anzuerkennen. Wir treten für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht ausländischer EhepartnerInnen ein. Die Ausgrenzung durch das Asylbewerberleistungsgesetz muß beendet werden. Hier geborene Kinder und Jugendliche und hier aufgewachsene junge Erwachsene dürfen nicht ausgewiesen werden.

Gleichberechtigung und Wahlfreiheit für alle Lebensformen durchsetzen

Eine liberale Gesellschaft schreibt den Menschen nicht vor, wie sie ihr Leben zu gestalten haben. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften müssen die gleichen Möglichkeiten zur rechtlichen Ausge-

staltung ihrer Lebensgemeinschaften erhalten wie heterosexuelle. Das bedeutet: Eheschließungsrecht und Regelungen für nichteheliche Lebensgemeinschaften.

Mit einem Antidiskriminierungsgesetz wollen wir Behinderte und andere benachteiligte Gruppen schützen. Wir geben ihnen so wirksame Mittel in die Hand, sich gegen Anfeindungen und Diskriminierung zu wehren.

Die öffentliche Sicherheit verbessern

Sicherheit ist ein Bestandteil der Lebensqualität. Kriminalität, Belästigungen und Aggressivität im Straßenverkehr schaffen ein Gefühl der Verunsicherung. Wir wollen Straftaten verhindern, statt Strafen zu verschärfen. Die Strafverschärfungen der letzten Jahre haben nicht zu einem Rückgang der Kriminalität geführt. Die Verhütung, die Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität und der Ausbau von Opferhilfe und Resozialisierung wurden dagegen vernachlässigt.

Wir setzen auf eine gemeindenahe Polizeiarbeit. Eine moderne Polizei ist Dienstleisterin gegenüber BürgerInnen. Polizei und Justiz müssen von überflüssigen und bürokratischen Tätigkeiten entlastet werden, damit sie sich bei der Strafverfolgung auf Gewalt- und Schwerekriminalität, Wirtschafts- und Steuerkriminalität konzentrieren können.

Mit einer Wende in der Drogenpolitik die Kriminalität zurückdrängen

Die repressive Drogenpolitik ist gescheitert. Sie sichert lediglich die hohen Preise der illegalen Suchtstoffe und damit die Strukturen organisierter Kriminalität. Wir müssen den Drogenbossen ihre Märkte nehmen. Wir wollen Suchtabhängige von harten Drogen nicht als Kriminelle verfolgen, sondern ihnen wie Kranken helfen. Nur so können wir einen Zuwachs der Beschaffungskriminalität und

Beschaffungsprostitution verhindern, die Sicherheit für die Bevölkerung fördern und die gesundheitliche sowie soziale Situation für die Süchtigen verbessern. Wir müssen die Märkte von harten und weichen Drogen trennen.

Wir fordern die Legalisierung von Haschisch nach ähnlichen gesetzlichen Schutzvorschriften wie Alkohol. Die Drogenabgabe an Kinder und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr muß aber bei Haschisch wie bei Alkohol verboten bleiben. Die Werbung für Drogen aller Art muß eingeschränkt werden.

Wir werden die Initiativen der großen deutschen Städte für eine Drogenpolitik der Schadensbegrenzung und Risikominimierung aufgreifen und auf Bundesebene fortführen.

5. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen durchsetzen

Arbeit und Ausbildung zwischen Frauen und Männern gerecht verteilen

Eine verstärkte Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Ausbildung von Mädchen ist unser vordringliches Ziel. Um Arbeit und Ausbildung zwischen Frauen und Männern gerecht zu verteilen, ist die Quotierung ein wesentliches Element. Es bedarf verbindlicher Frauenförderpläne, Quotenregelungen und wirksamer Sanktionen gegen Diskriminierungen sowie einer Koppelung der Vergabe öffentlicher Aufträge an innerbetriebliche Frauenförderung. Das heißt: Wir wollen ein effektives Gleichberechtigungsgesetz. Als erster Schritt sind die Verschlechterungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen durch das Arbeitsförderungs-Reformgesetz rückgängig zu machen.

Frauen wissen: Arbeit gibt es genug, aber sie ist ungleich verteilt und wird ungleich bewertet. Frauen schultern den Löwenanteil der Familienarbeit. Die Umverteilung der Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung und Teilzeit ist bei ihnen schon lange verwirklicht. Die Aufteilung der Erwerbsarbeit mit den Männern steht endlich an. Die wachsende Zahl alleinerziehender Mütter und Kinder, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, zeigt: die Sozialsysteme werden den Veränderungen der Gesellschaft und dem Wandel der Lebensformen nicht mehr gerecht.

Selbstbestimmungsrecht

Dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen steht der Paragraph 218 StGB entgegen. Wir setzen uns ein für flächendeckende Informations- und Beratungsangebote zu Sexualität, Verhütung und Schwangerschaft und nach wie vor für die Streichung des § 218 aus

dem Strafgesetzbuch ein. Eine Beratung muß freiwillig und ergebnisoffen sein. Schwangerschaftsabbrüche müssen in allen Bundesländern wohnortnah und mit gesundheitsschonenden Methoden möglich sein. Die finanzielle Abwicklung soll über die Krankenkassen erfolgen.

Gewalt gegen Frauen muß wirksam entgegengetreten werden. Wir brauchen bessere Präventionsmaßnahmen, genügend Frauen- und Mädchenhäuser, einen umfassenden Opferschutz und eine effektivere Verfolgung sowie angemessene Bestrafung sexualisierter Gewalttaten. Denn Gewalt gegen Frauen ist keine Privatangelegenheit, sondern der Schutz vor Gewalt ist eine staatliche Aufgabe.

6. Globale Verantwortung in guter Nachbarschaft

Die Globalisierung der Finanzmärkte, der Dienstleistungen und Informationen verändert die Außenpolitik.

Für die Durchsetzung der Menschenrechte

Grüne Außenpolitik ist Menschenrechtspolitik. In der Ära der Globalisierung kommt der globalen Durchsetzung der Menschenrechte eine noch größere Bedeutung zu. Wir wollen die Einhaltung der Menschenrechte nicht wirtschaftlichen Interessen unterordnen. Mit unserem Eintreten für die Menschenrechte zielen wir auch auf die Beseitigung der wichtigsten Ursache für die rapide Zunahme von zwischen- und innerstaatlichen Konflikten. Regimes, die die Menschenrechte verletzen, muß die Unterstützung entzogen werden. Soziale und gewerkschaftliche Bewegungen gilt es zu unterstützen. Wir wollen ein Verbot der Militär- und Ausstattungshilfe an Staaten, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind.

Für außenpolitische Kontinuität und neue Handlungsspielräume deutscher Außenpolitik

Jede Erneuerung der deutschen Außenpolitik wird, bedingt durch die deutsche Geschichte und das Potential des wiedervereinigten Deutschlands, zuerst von deren unverrückbaren Kontinuitäten ausgehen müssen, wenn sie bei unseren Partnern auf Vertrauen und damit Zustimmung stoßen will. Sie muß für unsere Nachbarn und Partner verlässlich und berechenbar sein.

Wir halten an den folgenden Grundsätzen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland fest: Eindeutige Absage an Renationalisierung und Sonderwege, Verpflichtung auf Gewaltverzicht, Frieden und Menschenrechte, Unverletzlichkeit der Grenzen, Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration, Festigung und

Neubestimmung des transatlantischen Verhältnisses und gute Beziehungen zu Rußland und allen unseren Nachbarn. Nur dieses zweifelsfreie Festhalten an den außenpolitischen Kontinuitäten Deutschlands und die Beachtung der von ihm eingegangenen Verträge und Verpflichtungen nach Geist und Buchstabe eröffnet die praktischen Handlungsspielräume für eine neue deutsche Außenpolitik für Frieden und Menschenrechte gemeinsam mit unseren Partnern. Deutschland darf und muß auf dieser Grundlage eigene Vorschläge und einseitige Vorleistungen zur Entmilitarisierung und Zivilisierung der Außenpolitik machen.

Für eine solidarische Nord-Süd-Politik

Wir verstehen Entwicklungszusammenarbeit als globale Strukturpolitik, das heißt als einen gerechten Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern. Die Bundesrepublik soll schrittweise ihrer internationalen Verpflichtung nachkommen und zunächst 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für internationale Strukturpolitik zur Verfügung stellen. Wir setzen uns dafür ein, daß die Bundesrepublik Schulden entwicklungspolitisch sinnvoll und vorbildlich erläßt. Wir stehen für eine wirksame Armutsbekämpfung, für die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen durch eine Verbesserung des Zugangs armer Bevölkerungsschichten zu produktiven Ressourcen (Bildung, Gesundheit, Land, Technologien und Kapital).

Wir setzen uns ein für den Abbau von protektionistischen Handelsbarrieren gegenüber Entwicklungsländern und für die Verankerung von verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards im internationalen Handel. Nachhaltige Produkte aus den ärmsten Ländern sollen mit einem Gütesiegel (TransFair) gefördert werden. Die Durchsetzung des „Multilateralen Abkommens über Investitionen“ (MAI) in der gegenwärtigen Form muß verhindert werden.

Wir setzen auf eine nichtmilitärische Friedenssicherung, auf Krisenprävention und auf zivile Konfliktbearbeitung. Die Förderung

von Demokratie und Menschenrechten sowie der internationale Klimaschutz, die ökologische Zukunftssicherung wie der Schutz des Tropenwaldes, Bekämpfung der Wüstenausbreitung und Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft sind Schwerpunkte unserer Nord-Süd-Politik.

Für ein gemeinsames Haus Europa

Die Europäische Union hat dazu beigetragen, den Nationalismus zu überwinden. Wir Grünen sagen uneingeschränkt Ja zu Europa. Wir wollen die demokratische Vertiefung. Wir wollen die Erweiterung der EU nach Osten und Süden zur vollen Integration.

Wir wollen eine Europäische Union

- in der Demokratie politisches Leitprinzip ist,
- die zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einen stabilen sozial- und wirtschaftspolitischen Rahmen schafft,
- in der ökologische und soziale Reformen auf nationaler und europäischer Ebene einander ergänzen und fördern,
- die den Binnenmarkt gemeinschaftlich gestaltet,
- in der Konfliktprävention Vorrang hat und militärischen Interventionen eine klare Absage erteilt wird,
- die eine harmonisierte Sozial- und Wirtschaftspolitik entwickelt.

Die EU muß mit Möglichkeiten ausgestattet werden, Sanktionen gegen jene Mitgliedstaaten zu ergreifen, die aus Öko- und Sozialdumping Wettbewerbsvorteile ziehen wollen. Ein harmonisierter Rahmen für die Steuerpolitik, insbesondere eine gemeinsame Ökosteuer, ist daher unerlässlich.

Europa ist mehr als eine Währungsunion. In Mittel- und Osteuropa wollen wir die demokratischen Entwicklungen gegen nationalistische Tendenzen stärken und wirtschaftliche sowie soziale Reformen unterstützen. Wir treten dafür ein, daß möglichst viele mittel- und osteuropäische Länder in die EU integriert werden können. Allen beitrittswilligen Staaten einschließlich der Türkei muß Europa eine

Perspektive eröffnen, sofern sie die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen erfüllen.

Für eine starke UNO zur Lösung globaler Probleme

Wir setzen uns für eine umfassende Reform der Vereinten Nationen ein. Wir wollen sie politisch und finanziell stärken, damit sie zu einer handlungsfähigen Instanz werden. Im Zentrum unserer Bemühungen steht die Reform des Weltsicherheitsrates mit einer ausgeglichenen Sitz- und Stimmverteilung zwischen unterschiedlichen Weltregionen und die schrittweise Abschaffung des Vetorechts.

Für eine Politik des Friedens – eine zivilisierte Außenpolitik

Selbstbeschränkung und Selbsteinbindung müssen die Prinzipien deutscher Außenpolitik sein. Wir wollen entmilitarisieren, aber wir wollen keinen deutschen Sonderweg. Ein einseitiger Austritt Deutschlands aus der NATO ist abzulehnen.

Dagegen kommt der Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen die OSZE zu einem neuen gesamteuropäischen Sicherheitssystem ausbauen. Sie soll die Zuständigkeit für künftige friedenserhaltende Einsätze in Europa haben.

Wir setzen uns für eine Entwicklung hin zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung ein, die die Chancen der OSZE als neuzugestaltenden Sicherheitsrahmen nutzt. Die beschlossene Osterweiterung der NATO darf zu keiner neuen Konfrontation und nicht zu neuen Grenzen zwischen Zonen unterschiedlicher Sicherheit in Europa führen. Eine gesamteuropäische Friedensordnung kann es nur mit und nicht gegen ein demokratisches Rußland geben.

Nach dem Muster der deutsch-französischen Beziehungen wollen wir unsere freundschaftlichen Verhältnisse mit allen Nachbarländern, insbesondere zu Polen und der Tschechischen Republik weiterentwickeln.

Für weitere Abrüstung

Wir wollen die NATO konventionell und atomar abrüsten. Wir wollen den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Gebiet. Die Bundesrepublik Deutschland soll sich für eine atomwaffenfreie Zone in Europa einsetzen.

Wir wollen Rüstungsexporte außerhalb der EU, der USA und Kanadas unterbinden und ihre Subventionierung beenden. In der Bundesrepublik wollen wir ein Verbot von Landminen. International muß darauf hingewirkt werden, daß die Produktion dieser besonders grausamen Waffen eingestellt wird.

Wir wenden uns gegen eine Neubeschaffung von Großwaffensystemen bei der Luftwaffe sowie gegen zusätzliche Fregatten und Korvetten für die Bundesmarine. Wir lehnen die Neueinrichtung von Truppenübungsplätzen ab und fordern eine umfangreiche Konversion der noch bestehenden Anlagen. Der Manöverbetrieb muß drastisch reduziert werden. Tiefflüge sind zu verbieten. Öffentliche Gelöbnisse und andere Militärspektakel sollen unterbleiben.

Für Abschaffung der Wehrpflicht und eine verkleinerte Bundeswehr

Wir wollen die Bundeswehr umbauen. Wir wollen sie deutlich reduzieren. Dies muß schrittweise durchgesetzt werden. Wir wollen dafür die Wehrpflicht – und damit auch den Zivildienst – abschaffen. Wir lehnen die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee ab. Die Krisenreaktionskräfte und insbesondere das „Kommando Spezialkräfte“ sind aufzulösen. Das spart Milliarden. Ein kleiner Teil der dabei ersparten Steuergelder muß hauptamtliche Arbeitsplätze im sozialen Bereich für die wegfallenden Zivildienststellen fördern.

Wir wollen freiwilligen Diensten gesellschaftliche Aufwertung verschaffen. Deshalb sind wir für den Ausbau eines freiwilligen sozialen und ökologischen Jahres. Wir wollen ihm eine klare gesetzliche Grundlage geben. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnen wir ab.

Neue Mehrheiten nur mit uns

Die Ära Kohl geht unwiderruflich zu Ende. Die Menschen wissen, daß es so nicht weitergehen kann. Es reicht nicht, daß „besser regiert“ wird. Damit es in unserem Land besser wird, müssen wir vieles ändern. Der Erfolg des gesellschaftlichen Aufbruchs ins nächste Jahrhundert hängt von der Ernsthaftigkeit und Tiefe der politischen Erneuerung ab.

Eine Große Koalition wäre eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Der politische Wandel wäre damit für lange Zeit vertan.

Deshalb lautet die Alternative: Entweder es gibt nach der Bundestagswahl 1998 ein Weiter-So mit der CDU oder einen politischen Neuanfang. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die jetzige Koalition vollständig von der Macht ablösen. Ein politischer Aufbruch ist nur mit Rot-Grün möglich.

Nur wenn SPD und Grüne eine klare Mehrheit im nächsten Bundestag haben, wird es mit einer neuen Regierung auch eine neue Politik geben.

Nur eine Stimme für die Grünen ist eine Stimme für den Wechsel. Unser Programm setzt auf die soziale Verantwortung, das ökologische Bewußtsein, den unternehmerischen Geist und die demokratische Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger. In gemeinsamer Arbeit, mit Reformwillen und Engagement wollen wir unser Land zukunftsfähig machen.

Wir wissen, welch schwerem Erbe wir uns nach 16 Jahren Kohl-Regierung stellen. Doch wir wollen die Schulden und Versäumnisse abarbeiten und die politische Lähmung überwinden.

Dazu brauchen wir Ihre Stimme am Wahltag und Ihre Mitwirkung danach. Um beides bitten wir Sie, denn

Grün ist der Wechsel.

Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Baunscheidtstraße 1 a, 53113 Bonn

Tel.: (0228) 9166-0, Fax: 9166-199. Email: bgst@gruene.de

Internet: www.gruene.de

Gestaltung: f&h, Bonn; Druck: Farbo, Köln. Juni 1998

GRÜN IST DIE ZWEITSTIMME.



Bei der Bundestagswahl hat jede Wählerin und jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der ersten wird eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter direkt gewählt. Wer die meisten Erststimmen in einem Wahlkreis bekommt, vertritt ihn im Bundestag. Mit der Zweitstimme wird die Partei gewählt. Je mehr Zweitstimmen eine Partei erhält, desto mehr ihrer Abgeordneten kommen in den Bundestag. Das zweite Kreuz ist also entscheidend für die Mehrheitsverhältnisse bei der Regierungsbildung. Entscheiden Sie mit, wer in Zukunft die Politik bestimmt. Wählen Sie Kohl ab und verhindern Sie die schwarz-rot-große Koalition. Geben Sie Ihre Zweitstimme den Grünen. Denn grün ist der Wechsel.

GRÜN IST DER WECHSEL.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

